

"Odyssee ohne Ziel" in Die Zeit (12. Dezember 1997)

Quelle: Die Zeit. 12.12.1997, Nr. 51. Hamburg.

Urheberrecht: (c) Die Zeit

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"odyssee_ohne_ziel"_in_die_zeit_12_dezember_1997-de-84bb71c8-87f0-441b-beb6-dc356dd29318.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 18/09/2012

Odyssee ohne Ziel

Die großen Worte stimmen. Jetzt beginnt „die Wiedervereinigung des Kontinents“. Europa vollzieht „die Überwindung von Jalta“. Zumindest das Arsenal der Begriffe, mit dem die fünfzehn Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union am Wochenende auf ihrem Luxemburger Gipfel hantieren, entspricht – noch so eine bombastische Festtagsformel – der „historischen Herausforderung“. Die Osteuropäer haben sich seit dem Schicksalsjahr 1989 mächtig angestrengt. Sanfte und blutige Revolutionen liegen hinter Tschechen, Polen und Rumänen, mittlerweile plagen sich die Völker mit dem Umbau von Staat und Wirtschaft ab. Ihr Ziel ist „der Westen“, also Freiheit, Demokratie, Wohlstand. Sie nennen es einfach Europa.

Der reiche Westen jedoch ist nicht reif für den Osten. Vor Monaten unkte Helmut Kohl, wenn es beim Luxemburger Gipfel unter den fünfzehn Chefs zur Abstimmung über die Öffnung der Europäischen Union käme, dann zweifle er, „daß es dafür eine Mehrheit geben würde“. Damit schätzt der Kanzler die Stimmung realistisch ein. Die Westeuropäer begegnen bisher dem Aufbruch im Osten nur mit innerer Stagnation und geradezu unhistorischem Gleichmut. Sie sehen zu und schweigen: Denn sie wissen nicht – was tun.

Die Gründe für diese Hilflosigkeit reichen tief. Das jedenfalls glaubt Peter Ludlow vom Centre for European Policy Studies. Der Direktor des Brüsseler Think Tank verweist auf eine echte Krise: „Uns fehlt der Kompaß, um zu erkennen, wo wir stehen. Und erst recht fehlt uns die Landkarte, um zu sehen, wohin wir gehen.“ Längst sei unter den fünfzehn Regierungen das Fundament, nämlich „der Grundkonsens über Stand und Bestimmung der EU“, aufgeweicht.

Es ist paradox: Während sich die Nationen am strengen Fahrplan zur Währungsunion abarbeiten und die Staatenlenker zur Öffnung nach Osten blasen, hat die EU ihre Orientierung verloren. Europa 97 – eine Odyssee ohne Ort und Ziel.

Da gerät „Europas Wiedervereinigung“ zum Stückwerk. Fünf Auserwählte werden zu ernsthaften Beitrittsverhandlungen eingeladen, Letten und Litauer, Rumänen, Bulgaren und Slowaken aber sind, vorerst jedenfalls, nicht darunter. Dies offenbart die Gefühlslagen auf dem Kontinent: Der Osten drängelt, der Westen bremst. Zwar stimmt, daß die Slowakei unter Regierungschef Vladimir Meciar die Demokratie bisher nicht erlernt hat. Und alle fünf Nachzügler haben noch viele Wirtschaftsreformen vor sich, ehe sie sich dem Wettbewerb des EU-Binnenmarktes überhaupt stellen können. Aber diese Wirklichkeiten sind keinesfalls um Welten entfernt von der Lage der Bevorzugten: den Polen und Ungarn, den Slowenen, Tschechen und Esten. Sie dürfen vom kommenden Frühjahr an zur Aufnahmeprüfung Delegationen nach Brüssel entsenden; dank griechischer Protektion wird sich zu ihnen noch Zypern gesellen.

Mehr geht nicht, schon diese „Fünf-plus-Eins“ lassen das real existierende Europa aufstöhnen. Die Eurokratie ächzt unter Überlastung. Die Außenminister, zumal der ewig gehetzte Klaus Kinkel, schauen entsetzt auf ihre übervollen Terminkalender. Auch der Apparat in Brüssel hat Schmerzgrenzen. „Elf auf einen Streich kann uns niemand zumuten“, sagt ein Botschafter.

Dieser Gipfel von Luxemburg, soviel steht fest, setzt keinen europäischen Neuanfang. Bestenfalls wird ein „Erweiterungsgipfel“ daraus. Und schlimmstenfalls spitzt sich der Streit um die „europäische Berufung“ der Türkei zu. Vergeblich sucht Brüssels Diplomatenkorps seit Monaten für den Versuch eine Formel, Ankara zu trösten, ohne es zu verprellen. Da fehlt schlicht die Kraft für die eigenen Hausaufgaben: Der ursprüngliche Plan, wenigstens mit groben Strichen die überfälligen Reformen an der EU selbst zu skizzieren, rutschte von der Tagesordnung.

Schon reißt die Versöhnung von Ost und West in Europa neue Gräben auf. Zwischen Nord und Süd. Spaniern und Portugiesen sind Oder und Neiße fern; Deutschen und Skandinaviern hingegen liegt das Baltikum allemal näher als der Alentejo. Die Erweiterung zwingt Brüssel zur Wiederentdeckung von Geographie und Geopolitik.

Der Rest ist Verteilungskampf, also fast Alltag. Somit muß besonders die Regierung in Madrid befürchten,

daß Europas Öffnung sie demnächst etliche Milliarden Subventionen aus der EU-Kasse kosten wird. Derweil weigern sich, angeführt von Bonn, die reicheren Länder, künftig noch mehr Zahlungen an die Gemeinschaft zu leisten. Nur die Agrarminister kennen keine Grenzen. Sie kämpfen, wie vaterlandslose Partisanen, an allen Fronten, um auch künftig für ihre Bauern die Hälfte aus dem EU-Haushalt von jährlich 165 Milliarden Mark zu erbeuten. Weil am Ende alle den „Aufbau Ost“ mitfinanzieren müssen, gilt insgesamt: Je später Europas Osis kommen, desto billiger wird's. Zeit ist bares Geld – das drüben fehlt.

Wenn der Luxemburger Gipfel nun dennoch die ersten Beitrittsverhandlungen einläutet, dann signalisiert dies auch: Die Erweiterung beginnt vor der Vertiefung Europas. Überzeugte Integrationisten müssen hoffen, daß der Euro aus seiner inneren Malaise befreit – und daß, sobald die ersten Kandidaten auf der Schwelle stehen, „unser Leidensdruck unerledigter Reformen so groß wird, daß wir endlich unser Haus umbauen“. Doch allein, fürchtet ein Brüsseler Diplomat, „schaffen wir's nicht“. Mitte des nächsten Jahrzehnts werde sich Brüssel, so prophezeien die Politik Wissenschaftler Josef Janning und Claus Giering von der Universität München, kaum mehr wiedererkennen: „Wie die Währungsunion“, werde auch die Erweiterung „das Bild wie das Selbstbild Europas verändern“. Die Folge: „Die Rückkehr des Ostens nach Europa wird die politisch-kulturelle Nische seines westlichen Teils auflösen.“

Etwas Zeit bleibt noch. Die Währungsunion beginnt 1999, als bare Münze rollt der Euro erst in vier Jahren. Und die Verhandlungen mit den Ostkandidaten werden sich hinziehen. Mindestens fünf, vielleicht auch zehn Jahre.

Ausgerechnet ein Brüsseler Veteran drängt jetzt laut, diese Zeit intensiv zu nutzen. „Die EU hat keinen Geist, keine Seele mehr“, mahnt Philippe de Schoutheete, „das Projekt droht zum Machwerk von Technokraten zu werden.“ Der belgische Diplomat saß bei den Verhandlungen von Maastricht und Amsterdam selbst mit am Tisch; zehn lange Jahre hat er als Botschafter seines Landes dem Ausschuß der Ständigen Vertreter angehört. Die Sachzwänge, das Gefeilsche in diesem Machtzentrum der Brüsseler Maschinerie kennt keiner besser als er. Kaum in Pension, schreibt er ein Buch („Une Europe pour tous“, Éditions O. Jacob, Paris 1997).

Und sagt, *gerade wegen* Euro und Osterweiterung: „wir haben einen toten Punkt in der europäischen Konstruktion erreicht“.

Die EU im Erklärungsnotstand: Wohin das führt, haben Europas Eliten im Juni selbst vorgeführt. Bei den Gipfelverhandlungen um einen neuen Unions-Vertrag in Amsterdam verweigerten etliche Regierungschefs aus Angst vor der skeptischen Bevölkerung zu Hause just jene Reformen, die Brüssel für die Osterweiterung gerüstet hätten: eine Reform an Haupt und Gliedern der überalterten Institutionen der Union und – vor allem – die Möglichkeit, häufiger per Mehrheit statt nur mit Einstimmigkeit zu entscheiden. Weil auch Helmut Kohl bremste und auf seinem Vetorecht beharrte, drohen künftig (bei mehr Mitgliedern) noch mehr Selbstblockaden. Und noch mehr Frust.

Als Ausweg aus der Sackgasse empfiehlt Philippe de Schoutheete vor allem eins: „Europa muss endlich seine Bestimmung definieren.“ Danach aber ist die Stimmung derzeit gar nicht, wie er selbst weiß. Einmal, beim Streit um die Fouchet-Pläne Anfang der sechziger Jahre, hat sich die damalige EG eine solche Debatte zugetraut. Die Alternative von damals – Bundesstaat oder Staatenbund ist heute kein Thema mehr. Der letzte Versuch, der EU eine Art „föderale Berufung“ einzuhauchen, scheiterte 1991 in den Nächten von Maastricht. Seither ist, in dieser Hinsicht, Ruhe über allen Gipfeln der EU.

Nur keine Grundsatzdebatte — nicht jetzt, mitten im Euro-Streß! Das sagen fast alle in Brüssel. Aber bei manchem gären die Zweifel. Zum Beispiel bei Silvio Fagiolo, dem italienischen Spitzendiplomaten, der für Italien den Amsterdamer EU-Vertrag aushandelte. Seit den Zeiten des Gründervaters Jean Monnet, so blickt er zurück, „geht Europa in kleinen, pragmatischen Schritten voran – eine andere Methode haben wir nicht!“ Keine großen Baupläne, nur eben Stein auf Stein setzen.

Seit dem schiefen Kompromiß von Amsterdam aber denkt Fagiolo neu nach: „Vielleicht kommen wir mit diesem Ansatz nicht mehr weiter.“ Manchmal, das gibt er leise zu, komme ihm das vereinte Europa vor,

„wie ein alter, allmählich überwuchelter Tempel irgendwo im Dschungel“. Das Tempo sei zu langsam, die Union laufe „Gefahr, von der Historie überrollt zu werden. Denn heute scheint die Geschichte schneller als die Politik“

Viel lauter stößt Jacques Delors in dieses Horn. Der ehemalige Kommissionspräsident macht aus seiner Enttäuschung über „das Fiasko“ von Amsterdam kein Hehl. Aus Angst vor Krach seien Europas Staatsdenker der prinzipiellen Diskussion ausgewichen: „Es hätte eine Krise gegeben. Aber die wäre wertvoller gewesen als dieser dürftige, partielle Kompromiß. “Statt dessen würden in Europa weiterhin Ziele und Instrumente verwechselt. Der Binnenmarkt, der Euro, die Osterweiterung seien nur Mittel – Mittel zum Zweck.

Und der Zweck? „Daß wir Europäer zusammenleben wollen!“ So vage und scheinbar naiv formuliert könnte Delors Vision noch jeder unterschreiben. Wie aber „zusammenleben“? Auch die Antwort ließe sich, altbekannt und ein wenig pathetisch, wohl noch finden: in Frieden und sozialer Gerechtigkeit. Amen. Aber dann wird's, im Gewusel des Brüsseler Alltags, schnell stille. Doch der Streit um Europas Ziele, um seine Bestimmung beginnt gerade hier. Vorsichtig deutet der CDU-Außenpolitiker Karl Lamers an, wo der Fehler vieler Europadebatten in Deutschland liegt: „Wir sind zu sehr von der Herkunft und zu wenig an der Zukunft orientiert.“ Er ahnt sehr wohl, auf welcher höheren Macht sich diese Kritik münzen ließe. Wie Helmut Kohl die Währungsunion zur Frage von „Krieg und Frieden“ zu deklarieren verfangt nicht mehr: die Schlachten von Sedan und Verdun sind nicht vergessen, aber längst geschlagen. Es ist eben dieser selbstverständlich unmutende Erfolg des Nachkriegs-Europas selbst, der nach Ende des Kalten Krieges neue Begründungen für die Europäische Union verlangt. Vom Kanzler, dem alten Schlagbaumstürmer und letzten Europäer seiner Generation, kommt da wenig.

Nicht der Euro, sondern die Öffnung nach Osten ist Europas „Friedensprojekt“. Acht Jahre nach dem Fall der Mauer dient die Osterweiterung als Mittel zum Zweck, die künftige Stabilität auf dem Kontinent zu sichern. Indem die EU ihr Regelsystem bis an den Bug exportiert, will sie den Aufbau einer zivilen und marktwirtschaftlichen Ordnung stützen. Auch der größte Mitgliedstaat, Deutschland, könnte dies allein niemals bewältigen. Das ist viel wert – viel mehr Ressourcen, als die meisten EU-Mitglieder bisher abtreten wollen. Und viel mehr Sorgfalt im Umgang mit dem gemeinsam erarbeiteten, supranationalen Herrschaftsgerüst zu Brüssel. In ein halbfertiges Haus, das erklären die neuen Partner in Mittel- und Osteuropa täglich, mag niemand einziehen.

Der Euro dient dem anderen Ziel: In Zeiten, da die ökonomische Globalisierung die Souveränität nationaler Politik in Frage stellt, können die Europäer ihr vielbeschworenes „Sozialmodell“ nur gemeinsam bewahren. Dazu muß in Brüssel kein „Superstaat“ heranwuchern. Diese Sorge ist angesichts eines Brüsseler Budgets von gerade mal 1,27 Prozent des EU-Sozialproduktes ohnehin eine Schimäre. Regeln müssen her! Der Euro wird die Politik zu Kompromissen zwingen, die bislang – gerade in Bonn – noch als „Einmischung in innere Angelegenheiten“ verdammt werden. Erst eine europäisch verstandene Innenpolitik schafft die Voraussetzungen für das gemeinsame Handeln nach außen zur Bändigung der Globalisierung.

Ein solches Europa wäre keine allmächtige, sich allerorten einmischende Interventionsmaschine. Die Union würde, gleichsam als transnationaler Nachtwächterstaat, ihren Völkern lediglich ein schützendes Gehäuse zimmern: Friedenssicherung, stabiles Geld, ein wirtschaftspolitischer Rahmen nach drinnen wie nach draußen. Und manchmal beweist der alte Kontinent schon heute, daß er auf der großen Bühne mitspielen kann. In der Welthandelsorganisation etwa. Oder bei den Klimaverhandlungen im japanischen Kioto, wo die EU dieser Tage als Widerpart der ignoranten Supermacht USA ein wenig Glaubwürdigkeit behauptete. Auch das ist Zukunftspolitik.

Demnächst muß Europa seine Rolle auf dem Parkett der internationalen Hochfinanz erlernen. Dazu verlangt der Euro neue Mühen. Und Führung. Unter den drei Großen der EU scheint allein die französische Regierung zu erkennen, was für einen Integrationsschub die europäische Währung auslösen wird. Großbritannien ist eh nicht dabei. Und die Deutschen zaudern.

Verkehrte Welt: Während die politische Klasse in Paris eine Debatte über den europäischen Föderalismus

in Gang setzt, erschallen auf der anderen Rheinseite ganz neue, skeptische Töne. Vorbei die Zeiten, da Bonn neben der Währungsunion auch eine „Politische Union“ bauen wollte. Nun verheißt ein Staatssekretär, „ein britisches Element“ werde künftig die deutsche Europapolitik prägen. Obendrein verkündet ein Kanzlerberater „das Ende der Religionen“ und outet sich: „Ich bin kein Integrationist!“

Brüssel hat's vernommen – und erschrickt. Bisher hatte man den „Schock von Amsterdam“, des Kanzlers Bremsmanöver in den Verhandlungen um den neuen EU-Vertrag, bloß als Taktik, nicht als Strategie gegen mehr Integration begreifen wollen: Kohl konzentrierte sich halt ganz auf seinen Kampf für den Euro, pflegte man sich zu trösten.

Allmählich aber erwacht in der EU-Zentrale die Sorge vor „einer Bajuwarisierung der Bonner Europapolitik.“ Nur Wahlkampf? Da könnte sich auch, ganz peu à peu, ein neuer Stil einschleifen. Als „Normalisierung“ der deutschen Staatsräson sozusagen.

Schon werden Mosaiksteine zusammengelegt. Man erinnert sich: Erst kürzlich hat der Kanzler gewarnt, in Brüssel dürfe „kein neuer Leviathan“ entstehen. Zugleich widerrief er sein altes Leitbild der Vereinigten Staaten von Europa; das sei ein „falsches Konzept“ gewesen. Beim Job-Gipfel der EU im November versuchten deutsche Minister alles, um die Absprachen so vage wie möglich zu halten. Und die Verhandlungsposition, mit der die Bundesregierung Osterweiterung und EU-Vertiefung angehen will, mutet den Partnern geradezu grotesk an: Bonn will eine schnelle Öffnung, verweigert aber die Reform der teuren Agrarpolitik und verlangt zugleich, künftig weniger in die Brüsseler Kasse zahlen zu müssen.

In einem Moment, da Brüssel mehr denn je auf Anstöße seines größten Mitgliedstaates wartet, kommt von dort nichts. Bonn, so formuliert es ein erfahrener Europabeamter, betreibe gerade noch „kybernetische Führung“: Wie ein Roboter würden die Deutschen nur auf Vorschläge anderer reagieren. „Das ist allenfalls Steuerung per Gewicht, keine Führung mit selbständigen Impulsen.“

So sortiert sich das neue Europa vorerst ungeordnet. Die Unterschiede beginnen sich zu organisieren.

Der harte Kern, die Mitglieder der Währungsunion, trifft sich künftig ganz informell in einem „Euro-Rat“. Gegen deutsche Widerstände ist es zwar gelungen, wenigstens der Europäischen Kommission als „Hüterin des EU-Vertrags“ einen Stuhl in diesem Club zu sichern. Doch wer nicht dazugehört, voraussichtlich also Briten und Griechen, Dänen und Schweden, muß draußen bleiben. Derweil verfängt sich die „Wiedervereinigung des Kontinents“ in einem Wirrwarr von „Europa-Konferenzen“, Ad-hoc Ausschüssen und „Beitrittspartnerschaften“. Selbst Klaus Kinkel, der diese Konstruktion mit ersonnen hat, findet sich ohne erläuternde Zeichenschablone zwischen all den Zirkeln und Kreisen nicht mehr zurecht.

Und alle *fünfzehn*? Die ahnten bisher nur, was Vertiefung und Erweiterung ihnen abverlangen werden. Dass der Euro so rasend schnell rollt, daß „die Überwindung von Jalta“ kein simpler Anschluß wird. Der neue Amsterdamer Vertrag ist kaum unterschrieben, da erschallen schon die Rufe nach einem „Maastricht III“. Es führt kein Weg daran vorbei: Europa muß seine miserable Verfassung diskutieren. Es gibt schließlich Ziele, für die diese Mühe sich lohnt.